

Antragsteller*in: Landesvorstand der Jusos Berlin
Der Berliner SPD-Landesvorstand hat beschlossen:

Nein zur Großen Koalition – Ja zur Erneuerung #NoGroKo

Wir bleiben dabei: Die Absage der SPD an eine Fortsetzung der Großen Koalition war zwingend und richtig. Der Bundesparteitag hat sich für ergebnisoffene Gespräche für eine Regierungsbildung ausgesprochen. Die beschlossenen inhaltlichen Leitlinien stellen für uns Mindeststandards dar, die keinesfalls unterschritten werden dürfen. Die nun vorliegenden Ergebnisse der Sondierungen fallen aber in vielen Punkten selbst hinter diese Mindeststandards zurück. Auch fehlen bei wichtigen Kernthemen wie Miete, Infrastruktur und Migration überzeugende Antworten zur Lösung der Probleme mit erkennbarer sozialdemokratischer Handschrift.

Eine erneute Große Koalition kann daher kein Ergebnis dieser Gespräche sein. Wir lehnen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Union ab und appellieren an alle Delegierte zum Bundesparteitag, sich unserem Votum anzuschließen.

Begründung:

Unsere Ablehnung der Großen Koalition erwächst dabei nicht aus einer Verweigerungshaltung. Diese Ablehnung hat klare politische und inhaltliche Gründe, die auf unseren Grundüberzeugungen und den Erfahrungen mit der Union basieren:

- Die Große Koalition wurde am 24. September abgewählt. Mit einem gemeinsamen Minus von 13,7 Prozentpunkten ist deutlich: Die Große Koalition der kleinen Kompromisse trifft nicht mehr auf Zustimmung!
- Die fehlende Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern hat zum Erstarken der RechtspopulistInnen in Deutschland beigetragen. Die Demokratie lebt von der Auseinandersetzung der politischen Lager – und diese Auseinandersetzung findet in einer Großen Koalition kaum noch statt. Die Auswirkungen davon lassen sich auch in anderen europäischen Ländern beobachten.
- In einer Demokratie übernimmt man nicht nur in der Regierung Verantwortung. In Zeiten, in denen die AfD mit knapp 13 Prozent im Bundestag sitzt, wäre es verantwortungslos, dieser Partei die Oppositionsführung zu überlassen. Die SPD muss verhindern, dass Gauland und Co diese Rolle übernehmen.
- In den letzten Jahren wurde deutlich, dass in Großen Koalitionen zwar kleine Fortschritte, aber keine wegweisenden Entscheidungen getroffen werden. Bei der Umverteilung der Vermögen, Investitionen in die Zukunft unserer Generation, der Bekämpfung der Kinderarmut, der Weiterentwicklung der europäischen Integration und vielen weiteren Projekten haben wir aber dringenden Handlungsbedarf. Dafür brauchen wir Mehrheiten jenseits der Union und eine starke, neu aufgestellte SPD.
- Während die SPD sich an den Koalitionsvertrag gehalten hat, haben wir massive Vertrauensbrüche durch die Union erlebt. Das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit wurde von der Union blockiert, obwohl es im Koalitionsvertrag stand. Und auch aktuell bei der Glyphosat-Entscheidung und den Durchstechereien während den Sondierung ist zu erleben, dass CDU/CSU nur auf eigene Rechnung arbeiten. Die Union ist keine verlässliche Partnerin, sie hält sich nicht an Zusagen!
- Der Preis für ein Umkippen in der Koalitionsfrage wäre erneut ein herber Glaubwürdigkeitsverlust für die SPD. Wir müssen wieder den Mut haben, an unseren Überzeugungen und Grundwerten festzuhalten!
- Die SPD muss sich in den nächsten Monaten und Jahren auch mit ihrer eigenen Erneuerung beschäftigen. Es braucht Zeit und Kraft für eine ernsthafte inhaltliche, organisatorische und

personelle Neuaufstellung. Beides werden wir nicht haben, wenn wir uns Hals über Kopf in die nächste Regierungsepisode stürzen. Die Neuaufstellung einer inhaltlich klaren und glaubwürdigen Sozialdemokratie ist jetzt wichtiger als vier Jahre Große Koalition – auch für unsere Wählerinnen und Wähler.

Die vorliegenden Ergebnisse der Sondierungsgespräche mit der Union bleiben hinter den Anforderungen, die der SPD-Bundesparteitag als Voraussetzung für eine Koalition mit SPD-Beteiligung gestellt hat, in entscheidenden Punkten zurück. Wir sehen darin keine ausreichende Grundlage für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen, die im Ergebnis den Bedürfnissen der Berliner*innen und einer glaubwürdigen SPD-Politik gerecht werden könnten. Dies zeigt sich exemplarisch an folgenden zehn Punkten:

- Angesichts der drängenden Probleme in Berlin mit rasant steigenden Mieten und fehlendem bezahlbarem Wohnraum reichen die Prüf- und Evaluierungsaufträge aus dem Sondierungspapier nicht aus. **Wir brauchen ein soziales Mietrecht, z.B.: die Verschärfung der Mietpreisbremse**, die Reduzierung der Modernisierungsumlage, einen Wegfall des Hebels Energetische Erneuerung und eine klare Stärkung der Mieter*innenrechte, wie sie der SPD-Bundesparteitag auch auf Initiative Berlins eingefordert hat.
- Die Kernforderung der SPD, die Zwei-Klassen-Medizin mit einer **Bürgerversicherung** zu beenden, konnte nicht durchgesetzt werden.
- Die dringend nötige Eindämmung **prekärer Beschäftigungsverhältnisse** findet sich in dem Papier nicht wieder: wir haben ein **Ende der sachgrundlosen Befristung** und die Regulierung von Werkverträgen, Leiharbeit und Plattformarbeit gefordert. Dies konnte in den Sondierungen nicht vereinbart werden. Statt sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu stärken, sollen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (MiDi-Jobs) gestärkt werden. Hier gehen die Ergebnisse in die völlig falsche Richtung.
- Die SPD konnte eine Kernforderung, dem **Festhalten am 8-Stunden-Tag**, nicht verankern. Vereinbart wurde das Gegenteil: eine Flexibilisierung der Arbeitszeit. Ein Aufgeben dieser Position würde zu massiven Glaubwürdigkeitsverlusten führen. Gerade in Berlin, einer Metropole mit einem großen Anteil von Arbeit 4.0, sind klare Regelungen erforderlich.
- Auch bei der Gleichstellungs- und Familienpolitik sind keine großen Fortschritte erkennbar, es wurden fast ausschließlich Prüfaufträge vereinbart. Die **Familienarbeitszeit** wurde nicht durchgesetzt. Die bereits im letzten Koalitionsvertrag vereinbarte Maßnahme, das Rückkehrrecht von Teilzeit- auf Vollzeit, ist nur in abgeschwächter Form vorhanden. **Queerpolitik** taucht in dem Papier gar nicht auf. Das Sondierungsergebnis zeugt von einem konservativen Familienbild, welches die Berliner Realität nicht widerspiegelt.
- Berlin investiert in qualitativ hochwertige und inklusive Bildung und sollte vom Bund bei den bevorstehenden und gegenwärtigen Herausforderungen nachhaltig unterstützt werden. Dafür muss das **Kooperationsverbot** fallen. Dazu ist die Union nicht bereit. Zudem fehlt (mit Ausnahme der Kita) ein Bekenntnis zur kostenfreien Bildung.
- Die vereinbarten Regelungen zur **Rente** bis 2025 sind unzureichend und gehen mit der Stärkung der privaten Säule der Rente in die falsche Richtung. Das Thema Rente ist eng mit unserer Glaubwürdigkeit verknüpft, wir können uns nicht auf eine vorher nicht inhaltlich näher bestimmte Rentenkommission mit der Union einlassen. Zudem rückt das Sondierungspapier von unserer Position, dass es keine Erhöhung des Renteneintrittsalter geben soll ab, indem es weitere Flexibilisierung billigt.

- Im Bereich der **Steuergerechtigkeit** bleibt das Papier farblos. Der Mut zur Steuerreform fehlt, eine stärkere **Besteuerung hoher Einkommen** konnte nicht durchgesetzt werden, ebenso wie größere steuerliche Entlastungen für geringe und mittlere Einkommen. Die SPD hat der aufgehenden Schere zwischen Arm und Reich so kaum etwas entgegensetzen.
- Berlin setzt auf **gelingende Integration**. Das Sondierungspapier hingegen stellt die Aspekte der Abschottung, die best-mögliche Vermeidung der Aufnahme von Schutzsuchenden sowie die harte Beauftragung und schnelle Beendung deren Aufenthalts in den Fokus. Der von uns geforderte und für eine gelingende Integration dringend nötige **Familiennachzug** wird nur unter harten Auflagen ermöglicht. **Kennzahlen für die Aufnahme von** stehen zudem im Gegensatz zum Grundrecht auf Asyl. Eine Integrations- und Asylpolitik mit sozialdemokratischem Anspruch ist auf dieser Sondierungsgrundlage nicht vorstellbar.
- Der **Schutz von Bürger*innenrechten** ist ein zentrales Anliegen der SPD, die stets auch Partei der Freiheit ist. Leider konnte ein Schutz der Bürger*innenrechte in dem Sondierungspapier nicht verankert werden.

Unsere Gesellschaft ist im Wandel und viele Menschen sind davon verunsichert. Als Sozialdemokratie stehen wir in der Verantwortung, darauf zukunftsweisende Antworten zu finden. Unsere Zeit braucht grundlegende Antworten – in einer großen Koalition können wir diese offensichtlich nicht finden.

Als SozialdemokratInnen haben wir genug von den einseitigen Verantwortungsdiskursen der letzten Tage und Wochen. Wir müssen mutig an unseren Überzeugungen und Grundwerten festhalten und wieder Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit finden. Nur wenn uns das gelingt, wird die SPD wieder glaubwürdig werden und auch künftig noch eine treibende politische Kraft in Europa und der Bundesrepublik sein. Die Absage an die Fortführung der Großen Koalition ist eine grundlegende Voraussetzung für die Erneuerung der sozialdemokratischen Idee und somit für die Bewahrung der SPD als Verfechterin von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in einer sich rasch wandelnden Welt. Die letzten Jahre sowie ein Blick in unsere europäischen Nachbarstaaten lehren uns: Wer aus Gründen der kurzfristigen Stabilität den Weg in eine Große Koalition ebnet, setzt mittelfristig die eigene politische Existenz aufs Spiel. Das ist nicht hinnehmbar. Für uns gilt deshalb weiterhin: #NoGroKo!